Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 38 (2019)

Heft: 73

Artikel: Für eine solidarische Gesellschaft : ökonomisierte Lebenswelten emanzipatorisch demokratisieren

Autor: Mäder, Ueli

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-847001

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ueli Mäder

Für eine solidarische Gesellschaft

Ökonomisierte Lebenswelten emanzipatorisch demokratisieren

Eine solidarische Gesellschaft ist eine demokratisch-soziale, sozialistische, in der alle viel Freiheit und Sicherheit haben. Ein Schritt, der in diese Richtung führt, ist die Demokratisierung der (direkten) Demokratie. Und sonst: Was führt sonst noch weiter? Hier ein paar Hinweise – in groben Zügen.

Frühere Gesellschaften kannten hierarchische sowie egalitäre Strukturen. Der Soziologe Heinz Bude (2019) verfolgt solidarische Stränge. Sie wurzeln im republikanischen Patriotismus, in christlichen Soziallehren, der Frauenemanzipation, proletarischen, genossenschaftlichen und sozialen Bewegungen sowie im Kategorischen Imperativ der Aufklärung. Niemand darf sich auf Kosten anderer bereichern. Alle kümmern sich um das gemeinsame Wohl und handeln möglichst verantwortlich. Dazu sind Vorleistungen nötig, eine soziale Infrastruktur. Subsidiarität setzt Solidarität voraus, institutionell und individuell. Denn Selbstorganisation kommt von unten und lässt sich nicht verordnen. Umgekehrt benötigt sie wirtschaftliche, rechtliche, soziale und politische Verbindlichkeiten. Dazu gehören radikal demokratische Verfahren. Ohne sie gibt es keine Freiheit – für alle.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts legte die proletarische Linke viel Wert auf das Gemeinschaftliche. Sie feierte den 1. Mai mit Spielen, Singen, Musizieren. Die industrielle Moderne tendierte indes dazu, soziale Gefüge funktionalistisch zu normieren. Und die hierarchische Tradition legitimierte das Autoritäre. Dazu trug auch die ständige Kriegsgefahr bei. Solche Bedrohungen können soziale Bande auseinanderdividieren oder festigen, Letzteres besonders dann, wenn ein gemeinsames Bewusstsein entsteht. Angst bewegt die einen dazu, gezielt zu handeln. Andere ziehen sich gebannt zurück oder flüchten vorwärts, irgendwohin. Die Philosophin Martha Nussbaum (2019) führt aus, inwiefern Angst auch demokratische Prozesse gefährdet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg häuften sich Streiks und soziale Bewegungen. Allmählich verbreitete sich dann eine fordistische Wohlfahrtskonzeption. Die 68erInnen-Bewegung wandte sich gegen dieses Arrangement. Ihre freiheitliche Option knüpfte an den globalen Aufbruch an. Gegen eine Individualisierung, die Menschen vereinzelte und kaum dazu anregte, mehr Solidarität zu wagen. Breite Bevölkerungskreise erlebten bereits den materiellen Aufstieg als Freiheit.

Das änderte sich mit den rezessiven Einbrüchen der 1970er- und dem angelsächsischen Neoliberalismus der 1980er-Jahre.

Ökonomisierte Lebenswelten

Bis in die 1980er-Jahre dominierte in der Schweiz ein politisch liberaler Kompromiss, der das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit harmonisierte. Seit dem hoffnungsvollen Aufbrechen der Berliner Mauer (1989) drängt das Kapital jedoch offensiver dorthin, wo es sich maximal verwerten lässt. Statt die Realwirtschaft zu unterstützen, zielen Finanzinstitute inzwischen noch mehr darauf ab, ihre Gewinne zu steigern. Der finanzgetriebene Kapitalismus überlagert den politischen Liberalismus. Dieser Paradigmenwechsel forciert die Konkurrenz und Rationalisierung der Produktion. Er prekarisiert erstens Teile der (Lohn-)Arbeit. Zweitens halten niedrige Löhne mit steigenden Lebenshaltungskosten kaum Schritt. Drittens orientiert sich die soziale Sicherheit einseitig an den (Erwerbs-) Einkommen. Und viertens konzentriert sich viel Reichtum.

Die Ungleichheit gefährdet den sozialen Frieden. Das kritisieren sogar einzelne Reiche. Eigentum verpflichtet, sagen sie. Und plädieren dafür, den sozialen Ausgleich zu fördern. Das ist erfreulich. Die Existenzsicherung darf aber keinem beliebigen Goodwill überlassen bleiben. Sie ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Wobei heute auch öffentliche Einrichtungen und Diskurse, wie viele Lebenswelten, ökonomisiert sind. Nina Looser (2017, 127) half einem gestürzten Betagten. Sie alarmierte den Notfalldienst und das Wohnheim des Verunfallten. Die Person, die den Anruf entgegennahm, sagte spontan: «Oh, das kostet wieder.» Sie dachte zuerst ans Geld, vielleicht zufällig.

Mit der Ökonomisierung häufen sich auch Schlagzeilen über die Alterslast. Angeblich entscheidet der Markt darüber, wie wertvoll die Arbeit oder ein Mensch ist. Gängige Diskurse erwecken den Anschein, als ob immer weniger Junge immer mehr Alte finanzieren müssten. Noch überwiegen aber die unter 20-Jährigen die über 65-Jährigen. Das ist vielen unbekannt. Und in 15 Jahren kommt der Pillenknick ins Alter. Dann sinken die Anteile der alten Menschen wieder, die übrigens alle ihre Renten selbst verdienen. Einige Frauen tun dies mit viel unbezahlter Arbeit. Zudem kosten die Jungen ebenfalls. Wenn wir ihre Anteile mit jenen der Alten zusammenzählen, bleibt das Verhältnis gegenüber den Erwerbsfähigen konstant. Was relevant ist. Und so könnte ich nun weiter argumentieren, wie die Renten rentieren, die über Konsumausgaben viele Arbeitsplätze schaffen. Renten sind jedoch wichtig, weil der Mensch ein Mensch ist, nicht weil sie rentieren. Aber die ökonomistische Sicht bewirtschaftet alles, was sie bewirtschaften kann, auch nationale Gefühle und Ängste, die «gnadenlos instrumentalisiert» werden, wie Fiona Jeffries (2019, 8) anhand vieler Beispiele und Interviews darlegt.

Keine Ängste schüren

Die nationalistische Sicht überhöht eine Volksgemeinschaft, die soziale Klassen scheinbar aufhebt. Sie befördert einen Provinzialismus, der sich politisch konservativ gebärdet und sich teilweise von neoliberalen Eliten distanziert, sich aber oft als Kehrseite des wirtschaftlich geprägten Globalismus erweist. Anders verhält es sich bei einer demokratischen Globalität. Sie strebt eine internationale Solidarität mit einem fairen Austausch zwischen allen Regionen an. Das ist dringlich. Moderat problematisieren auch politisch Liberale die soziale Kluft, die Neoliberale oft rechtfertigen, da sie angeblich die Gesellschaft dynamisiert. So gehen marktgläubige Regimes vermehrt dazu über, soziale Sicherheiten abzubauen, Steuern zu senken und öffentliche Einrichtungen zu privatisieren. Bei Defiziten ist dann der viel gescholtene Staat gefragt, der sich sonst auf die Ordnungspolitik und darauf konzentrieren soll, Folgen der neoliberalen Offensive abzufedern. Zum Beispiel gesundheitliche Schäden. Sie nehmen mit sinkenden Einkommen zu. Etliche Betroffene reagieren angstbesetzt mit einer resignativen Konformität, die vordergründig Halt gibt. Oder sie finden in populistischer Politik Balsam für ihre verletzten Seelen. Die Psychoanalytikerin Jeannette Fischer (2018) setzt sich eingehend damit auseinander, wie Angst bestehende Machtverhältnisse stabilisiert.

Sozial Benachteiligte lasten sich oft an, was primär gesellschaftlich verursacht ist. Sie versuchen den Anschein zu erwecken, alles sei in guter Ordnung. Das Individualisieren und Tabuisieren sozialer Gegensätze verstärkt diese Verklärung. Aber damit ist der Druck nicht weg, selbst wenn er sich auf noch Bedrängtere abwälzen lässt. Häufig führt er zu psychosomatischen Erkrankungen. Kommen soziale Ungerechtigkeiten jedoch transparent zur Sprache, dann verkehren sich depressive Verstimmungen je nachdem in eine Empörung. Die Wut kann eine widerständige Haltung stärken oder aber auch dazu führen, sich populistisch vereinnahmen zu lassen. Zumal einfache (Feind-)Bilder etwas Stabilität vermitteln.

Populistische Leader sagen zu den Leuten: Habt keine Angst. Sie schüren aber Angst, um sich dann als Rettende anzubieten. Sie vermitteln auch das Gefühl: Wir sind eine Familie und tragen Sorge zum Vaterland. Das hilft, sich mit einer homogenisierten Wertegemeinschaft zu identifizieren. Populistische Strömungen benötigen charismatische Gurus. Und umgekehrt. Die Gurus benötigen eine Gefolgschaft. Sie wollen im Namen des Volkes die Classe Politique entmachten, zu der sie selbst gehören. Sie werfen ihr vor, das Volk zu veräppeln und kritisieren so den Schatten ihrer eigenen Methoden. Auch Gewerkschaften diskutieren darüber, ob sie populistischer agieren sollten, um mehr Einfluss zu erlangen. Aus meiner Sicht gilt es jedoch, Sachverhalte zu differenzieren, was nicht heisst, sich in Details zu verlieren. Wenn wir uns für eine solidarische Gesellschaft engagieren, müssen wir uns auch mit unseren Mitteln an den emanzipatorischen Zielen orientieren, die wir anstreben: solidarisch und ohne Angst zu schüren, aber

durchaus offensiv und radikal demokratisch. Zum Beispiel mit der Forderung, das Maximum der obersten Löhne auf das Doppelte der untersten anzupassen.

Demokratie stärken

Die Schweiz ist eine halbdirekte Demokratie. Die Stimmberechtigten bilden den Souverän. Sie können an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und sich in Parlamenten vertreten lassen. Die Verfassung regelt, wie die Kompetenzen verteilt sind. Der europäische Aufbruch initiierte den Schweizer Bundesstaat von 1848 mit, der (Grund-)Rechte für alle postulierte. Missliche soziale Bedingungen führten zu Kritik an repräsentativen Gremien und zu direktdemokratischen Reformen. Wer von Entscheiden betroffen ist, soll diese mitgestalten können. Das deklarierte schon die Französische Revolution (1789), die die Helvetische Republik inspirierte. Sie zeigte auch Grenzen des Mehrheitsprinzips und der Volksherrschaft auf. Unabdingbar sind die Gewaltenteilung, der Minderheitenschutz und Menschenrechte. Die neue Bundesverfassung (1999) stärkt, kaum bemerkt, diese wichtige Option. Sie baute Grundrechte leicht aus.

Schon während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts politisierte die Schweiz sehr wirtschafts- und selbstbezogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte der Bundesrat erlangte Vollmachten behalten. Der Souverän setzte sich mit einer Initiative für die «Rückkehr zur direkten Demokratie» (1949) ein. 1963 trat die Schweiz dem Europarat bei. 1974 unterzeichnete sie, nach Einführung des Frauenstimmrechts (1971), die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) von 1950. Die Menschenrechte sind in der Schweiz weniger verankert als die Demokratie.

Spannungen zwischen direkter Demokratie und Menschenrechten zeigen sich am Beispiel der eidgenössischen Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten». Am 29. November 2009 stimmte der Souverän dem Vorschlag der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) zu. Er kollidiert mit dem Menschenrecht, eigene Religionszugehörigkeit frei praktizieren zu können. Darf also ein Beschluss einer Mehrheit ein Menschenrecht missachten? Nein! Die direkte Demokratie muss die Menschenrechte einhalten. Deshalb ist eine Gerichtsbarkeit nötig, die die Übereinstimmung garantiert. Zum Beispiel durch eine Verfassungskommission, das Bundesgericht oder erweiterte Ungültigkeitsgründe. Verbindliche Menschenrechte und (direkte) Demokratie bedingen sich gegenseitig.

Am 6. Dezember 1992 lehnte der Souverän den Bundesbeschluss für einen Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Die Stimmenden folgten mehrheitlich der SVP. Der Entscheid brachte Zweifel an der direkten Demokratie auf. Zum einen wegen der populistischen SVP-Kampagne, zum andern wegen des gewaltigen Einsatzes finanzieller Mittel. Die SVP verfügt über

mehr Geld als alle anderen Parteien. Ihr prominentester Sponsor gehört mit einem Familienvermögen von rund zehn Milliarden Franken zu den Reichsten der Schweiz. Allerdings können auch einzelne Verbände auf erhebliche Ressourcen zurückgreifen. Die Economiesuisse ist die grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft (Mäder 2015, 118). Sie setze jeweils nur so viele Mittel ein, heisst es, wie nötig seien, um eine Abstimmung zu gewinnen. Enge Bande pflegt sie zur Verwaltung und zum nationalen Parlament, dessen Mitglieder über 2000 eigene Interessenbindungen deklarieren. Die Macht des Geldes gefährdet demokratische Prozesse.

Eine (direkte) Demokratie funktioniert, wenn die Bevölkerung an Entscheiden wirklich teilhat. Wichtig sind für diese Teilhabe politische Bildung und materielle Sicherheit. Zudem transparente Abstimmungen (inkl. Budgets) und öffentliche Mittel, um Volksrechte gegenüber Verbandsrechten zu stärken. Die Schweiz führte 1971 endlich das Frauenstimmrecht ein. Seither wähnt sie erst recht, eine mustergültige Demokratie zu sein, obwohl der politische Einfluss vor den Pforten der Wirtschaft immer noch haltmacht. Debatten über eine umfassende Mitbestimmung sind rar. Hier besteht Nachholbedarf. Und zwar global. Die wirtschaftliche Machtballung stellt die demokratische Politik in den Schatten. So entstehen einseitige Abhängigkeiten, die autoritäre Kräfte stärken statt demokratisch legitimierte Föderationen wie die Vereinten Nationen (UN).

Im Jahre 2014 reüssierte die SVP mit einer eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung». 2016 doppelte sie mit einer Durchsetzungsinitiative nach, scheiterte aber. Wie mit der Initiative «Schweizer Recht vor fremden Richtern» (2018). Jetzt versucht die SVP ein Burka-Verbot zu erwirken. Die «Initiativenflut» führte 1977 mit dazu, die für Initiativen nötige Unterschriftenzahl zu verdoppeln und die Sammelfrist zu begrenzen. Ein weiterer Vorschlag will das Sammeln von Unterschriften nur noch in offiziellen Lokalitäten zulassen. Im Jahr 2000 lehnte der Souverän auch eine eidgenössische Volksinitiative «Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag» ab. Mit dem konstruktiven Referendum hätte das Volk nicht nur über Annahme oder Ablehnung einer Gesetzesvorlage entscheiden können, sondern auch über inhaltliche Änderungen.

Der Politologe Andreas Gross (2016, 58) will die (direkte) Demokratie weiter stärken und verfeinern. Zum Beispiel mit einer bundesweiten Gesetzesinitiative, einer Volksmotion oder dem parlamentarischen Recht, ein dringliches Gesetz schnell in Kraft treten zu lassen. Diese institutionellen Reformen wenden sich gegen aktuelle Versuche, die demokratische Prozesse abbauen, umgehen oder für eigennützige Zwecke vereinnahmen wollen. Wichtig ist zudem eine lebendige Kultur demokratischer Auseinandersetzung auf weiteren Parketts. Zum Beispiel in Quartierversammlungen zur Gestaltung öffentlicher Räume. Oder im Rahmen von Klima- und Frauenstreiks. Das Denknetz-Buch *Reclaim Democracy* (Daellenbach u. a. 2019) diskutiert weitere Ansätze.

Seit der Wirtschaftskrise von 2007 wehren sich Zivilcouragierte vermehrt für ein soziales Miteinander. Davon zeugen etwa die Occupy- und die aktuellen Klimaproteste. Neue soziale Bewegungen wehren sich auch gegen populistische Kräfte, die die heraufbeschworene Nation spalten und Probleme mit Mitteln bewältigen wollen, die sie verursachen. Die mündig emanzipatorischen Alternativen stärken hingegen eine soziale Infrastruktur, die das solidarische Engagement ohne enge soziale Kontrolle fördert. Die Individualisierung bricht festgezurrte soziale Strukturen auf. Viele Menschen suchen mehr Anonymität in der Urbanität. Doch die erstrebte Coolness erweist sich teilweise als brüchig und zu kühl. Diese Erfahrung stützt das Bedürfnis nach frei gewählter sozialer Verbindlichkeit. Ein kritischer Umgang mit der von Isolde Charim (2018) interessant gewürdigten Pluralität kann eine Identität fördern, die Widersprüche zulässt und sich mit ihnen auseinandersetzt, ohne in Beliebigkeit abzudriften. Eine selbstreflexive Haltung kultiviert und demokratisiert direkte sowie repräsentative Formen der Demokratie. Dabei hilft «eine normative demokratische Öffentlichkeit», hält René Rhinow (2017, 257) aus politisch liberaler Sicht fest. Daran lässt sich anknüpfen, um das finanzkapitalistische System zu überwinden, das demokratische Prozesse unterläuft.

Solidarität

Debatten über Autonomie orientierten sich in den 1960er-Jahren stark am mündigen Individuum. Selbstbestimmte Distanz sollte die gemeinschaftliche Stallwärme und Kontrolle ablösen. Die neoliberale Politik hat dann die Konkurrenz forciert und soziale Bande anonymisiert. Mit dieser Erfahrung wächst da und dort die Bereitschaft, mehr frei gewählte Verbindlichkeit einzugehen. Sie weist über Einkäufe für Betagte und Spaziergänge mit Menschen, die eine Beeinträchtigung haben, hinaus. Nachbarschaftliche Arrangements wollen sich um den beruflichen Einstieg von Jugendlichen und von Migrierten kümmern. Sie unterstützen deren sportliche Betätigung in Parkanlagen, was auch dazu führt, sich politisch mit Bürokratien anzulegen. Solidarische Netze wollen sich narzisstischen Antrieben entziehen. Sie halten die emanzipierte Selbstbestimmung hoch und lehnen die Fiktion eines ungebundenen Selbst ab. So erleben auch genossenschaftliche Ansätze eine kleine Renaissance. Sie stärken die zivile Gesellschaft. Aber sie haben im Kontext der Profitwirtschaft einen schweren Stand. Umso nötiger sind sie – als Inseln der Zukunft.

Der kapitalistische Wettstreit überfordert viele Individuen. Er verunsichert und beeinträchtigt den Selbstwert. Die permanente Selbstoptimierung übergeht das Bedürfnis, sich sinnvoll einzubringen. Die entrückte Leistungsmoral vernachlässigt die Lebensfreude. Sie vermittelt das Gefühl, nie zu genügen, und prägt, was als Standard gilt. So wirken auch freiheitliche Prozesse bedrohlich.

Latente Selbstzweifel hemmen das eigenwillige Handeln. Die Angst vor Ablehnung erhöht die Anpassung. Wer darauf getrimmt ist, fremde Erwartungen zu erfüllen, schützt sich mit Fassaden. Unter kapitalistischen Bedingungen gewöhnen wir uns früh daran, von vermeintlichen Schwächen anderer zu profitieren. Wir müssen ständig rivalisieren. Damit entsteht ein Nährboden für Ressentiments. Die aufkommende Häme beeinträchtigt die Bereitschaft, sich solidarisch zu engagieren. Gleichwohl verhalten sich viele Menschen sozial und selbstreflexiv, trotz Konkurrenz und ökonomisierten Lebensverhältnissen. Es ist wichtig, die vielfältigen sozialen Ansätze wahrzunehmen, wertzuschätzen und kreativ zu kultivieren.

Die kritische Solidarität, mit der sich auch die Zeitschrift *Widerspüche* (151/2019) befasst, verbindet Menschen, soziale Bewegungen und Institutionen, die sich emanzipaorisch engagieren. Sie analysiert die Machtverhältnisse in allen Bereichen und wehrt sich gegen deren Ökonomisierung. Um weniger vereinnahmt zu werden, empfiehlt die Zeitschrift, je nachdem lieber vom Rand aus zu agieren, als konzessionsbereit ins Zentrum zu drängen. Freiheitlich konzipiert, konstituiert die kritische Solidarität eine solidarische Gesellschaft, die auf sozialer Gerechtigkeit basiert. Sie realisiert den sozialen Ausgleich in allen Bereichen. Solidarität beruht auf einem Verständnis darüber, dass eine Gesellschaft auseinanderbricht, wenn sich Individuen auf partikulare Eigeninteressen konzentrieren statt auf das gemeinsame Wohl. Eine solidarische Gesellschaft gewährt allen Mitgliedern eine gesicherte Existenz. Sie unterstützt ein Sozialwesen, das niemanden ausgrenzt. Sie lebt das soziale Miteinander und schützt es auch institutionell. Von, mit und für Menschen, die einen selbstreflexiven Umgang mit sich haben und auch «Gefühle denken» können, was Frigga Haug (2018, 176) anregt, die eindrücklich darüber nachdenkt, wie «Selbstveränderung und Veränderung der Umstände» zusammenkommen. Das Bewusstsein, die Herrschaft, von der wir uns emanzipieren wollen, auch in uns zu tragen, stärkt, so Haug, die Handlungsfähigkeit. Damit sich soziale Teilhabe und solidarische Gesellschaft finden, ist aus meiner Sicht eine radikale Ausweitung demokratischer Prozesse in der Wirtschaft, Politik, (Zivil-)Gesellschaft und in allen Lebenswelten erforderlich. 1968 galt dieser Ansatz als reformistisch. Engagiert umgesetzt, ist er emanzipatorisch progressiv, vielleicht sogar revolutionär.

Literatur

Bude, Heinz, 2019: Solidarität. Die Zukunft einer grossen Idee. München

Charim, Isolde, 2018: Ich und die Anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert. Wien

Daellenbach, Ruth / Ringger, Beat / Zwicky, Pascal (Hg.), 2019: Reclaim Democracy. Die Demokratie stärken und weiterentwickeln. Zürich

Fischer, Jeannette, 2018: Angst – vor ihr müssen wir uns fürchten. Basel

Gross, Andreas, 2016: Die unvollendete Direkte Demokratie. 1984–2015: Texte zur Schweiz und darüber hinaus. Thun

Haug, Frigga, 2018: Selbstveränderung und Veränderung der Umstände. Berlin

Jeffries, Fiona, 2019: Wir haben nichts zu verlieren ausser unsere Angst, Zürich

Looser, Nina, 2017: Der Sturz. In: Mäder, Ueli / Schwald, Andreas (Hg.): Dem Alltag auf der Spur. Zürich, 127–131

Mäder, Ueli, 2015: macht.ch – Geld und Macht in der Schweiz. Zürich

Nussbaum, Martha, 2019: Königreich der Angst. Gedanken zur aktuellen politischen Krise. Darmstadt

Rhinow, René, 2017: Recht im politischen Prozess. Beiträge zu Institutionen und Reformen im demokratischen Verfassungsstaat – mit biografischen Anmerkungen. Basel

Widersprüche, 2019: Kritische Solidaritäten? Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 151. Frankfurt am Main